Anrede

Der diesjährige Juni brachte der Deutschschweiz mit teilweise über 320 Sonnenstunden einen neuen Sonnenscheinrekord. Die Sonne heizte allen, auch den «Sünnelis-Freunden» im Lande mächtig ein.

Hätten die Initianten aber einen Monat länger mit der PI Eingabe gewartet, wäre diese sogar auf den global wärmsten Juli seit Messbeginn gefallen, was uns allen bei den gesundheitsgefährdenden Hitze- und oft später Flutwellen in Südeuropa mehr als zu denken geben sollte und uns ernsthaft über die Hitze zu stoppende Massnahmen nachdenken und handeln lassen sollte.

Ich betone dies nur, da der Antrag hier mich zwar auch nachdenklich stimmt, wenn auch ganz anders. Ich hoffe doch sehr, dass auch wir bei uns im Thurgau mehrheitlich andere Herausforderungen und Themen haben, wie das in der Interpellation aufgeworfene Bewirtschaften der Sprache.

Wir alle wissen, dass ein gerade in diesem Sommer ausgearbeiteter Antrag mit dem Ziel, noch im Herbst den Weg in den Grossen Rat zu finden mit gewisser Vorsicht zu geniessen ist. Sei es, da dieser was ich aber nicht unterstelle Hitzebeeinträchtigt sondern vielleicht eher Wahlbeabsichtigt eine nähere und nüchterne Betrachtung mit kühlerem Kopf braucht.

Die Regierung hat seine ablehnende Haltung in Ihrer Beantwortung festgehalten und sogar die Nichtumsetzbarkeit erläutert. Meinerseits vier Punkte, die nicht in der Beantwortung genannt worden sind, aber auch dem GR eine Ablehnung der Interpellation nahe legt.

1. **die vorgeschlagene neue, abschliessende Aufzählung von genau drei Punkten.** Man soll sich politisch, weltanschaulich und sprachlich neutral verhalten. Das ist abschliessend und öffnet unnötig die bis anhin schlanke Fassung, die nur den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit beinhaltet. Politisch, weltanschaulich und sprachlich neutral. Das heisst im Umkehrschluss, dass sich der Staat somit bewusst ansonsten nicht neutral verhalten soll bei beispielsweise kulturellen, religiösen, sozialen, ethnischen oder ethischen Fragen. Echt? Bei Kombinationen dann noch schwieriger wie bei politisch-ethnischen oder politisch-religiösen Fragen. Neutral oder Nichtneutral?
2. **Eine weitere Regulierung - statt dringend notwendiger Deregulierung.** Vor dem juristischen Berufshintergrund von einigen Interpellanten kann man knapp verstehen, dass der Regulierungswille manchmal mitschwingt, aber wir sollten in unseren Parlamenten auf allen staatlichen Ebenen neu nur regulieren, was notwendig ist um das Leben einfacher oder klarer zu machen und nicht unnötige Gesetze oder Artikel schaffen, die letztlich viel an «Verwaltungsbüetz», aber auch Überprüfung derselbigen kostet. Schonen wir unsere Staatskasse und versuchen wir gemeinsam Deregulierung, statt wie hier Regulierung. Die Bürger sind wie die Unternehmen ebenfalls froh, wenn der Staat sich nur da einmischt oder sich um den Bürger sorgt, wo diese es nicht selber können.
3. **Ein unklarer Inhalt:** Was versteht man unter §1 Absatz 1bis mit «der Kanton kommuniziert klar, verständlich und sachgerecht **unter Verwendung der sprachlichen Standardformen**». Das der Staat bereits jetzt klar und verständlich, wie auch sachgerecht argumentieren muss ist eine Selbstverständlichkeit und gehört wohl kaum in ein Gesetz. Erst mit der Schaffung eines solchen Artikels wird dieses in Frage gestellt und letztlich rege Anwaltstätigkeiten ausgelöst, da Behörden beschäftigt und Interpretationsspielraum bewirtschaftet wird. Was dies bringt und was das an Kosten verursacht, muss ich hier wohl nicht erwähnen. Bürokratischer wird es aber auf alle Fälle damit.
4. Die Essensregel. **Etwas nicht mögen, nicht gerne haben heisst nicht, dass es nicht gut gekocht ist. Zu den Standardformen:** Es gibt zur Deutschen Sprache ein ehrenamtlich tätiger Rechtschreiberat von 41 Mitgliedern aus sieben Ländern und Regionen, davon sind 9 aus der Schweiz. Dieser Rechtschreiberat gilt als massgebende Instanz für die deutsche Rechtschreibung. Wir sollten es ihnen überlassen, was Standardformen sind, um nicht als Konsequenz aus dem Antrag, eine eigentliche Insellösung im Thurgau zu schaffen, welche für uns bestimmt, was im Thurgau – allenfalls abweichend - als Standardsprache gelten würde. Das ist nicht ein USP, sondern wäre eine ULP. Eine Unique Loosing Position.

Ich bitte Sie, den Antrag aus dem warmen Sommer mit kühlerem Kopf heute abzulehnen und sich dafür Gedanken zu machen wie wir die Hitze des nächsten Sommers abfedern.

608 Worte